

**Ministerpräsident Mappus diskreditiert die Leistungen Nordrhein-Westfalens im Länderfinanzausgleich!** (Plenarsitzung vom 02.02.2011)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Freimuth. – Für die Fraktion Die Linke hat der Abgeordnete Sagel das Wort.

**Rüdiger Sagel (LINKE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie Sie von der CDU hier versuchen, die jahre- und jahrzehntelange CSU-Lobbypolitik vom Ministerpräsidenten und ehemaligen Minister Strauß schönzureden, ist wirklich unerträglich. Da kracht die Schwarte, kann ich nur sagen.

*(Zuruf von der CDU)*

Nun versucht offensichtlich der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Herr Mappus, in die Landespolitik der anderen Bundesländer einzugreifen, obwohl er selbst die Probleme in seinem eigenen Bundesland nicht geregelt bekommt. „Stuttgart 21“ ist ein Fanal, die Bürger seines eigenen Landes empören sich gegen Entdemokratisierung, Wasserwerfer- und Schlagstockattacken als vordemokratisches Unterdrückungsmittel. Das ist die Politik von Herrn Mappus in Baden-Württemberg. Und jetzt mischt er sich in die Politik hier in NRW ein.

Es handelt sich hier um einen untauglichen und unerträglichen Versuch, NRW in ein schlechtes Licht zu rücken.

*(Zuruf von der CDU)*

Die CDU und auch die FDP sind in NRW offensichtlich so schwach und schlecht aufgestellt, dass sie jetzt schon beim vermutlichen Übergangsministerpräsidenten in Baden-Württemberg um Hilfe betteln müssen – ich kann nur sagen: Welch ein Signal von CDU und FDP!

*(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)*

Dabei sind gerade CDU und FDP für die finanzpolitische Misere nicht nur von NRW, sondern von Ländern und Kommunen insgesamt wesentlich verantwortlich.

Die desaströse Bundesfinanzpolitik treibt sie immer tiefer in die Schuldenfalle hinein. Dazu kommt noch die untaugliche Schuldenbremse, die nicht nur von renommierten Rechtswissenschaftlern, sondern auch von Ökonomen als verfassungswidrig eingestuft wird

*(Beifall von der LINKEN)*

und die notwendige Vorsorgepolitik für die Zukunft drastisch einschränkt.

Gerade die Menschen auf den unteren Einkommensstufen, die prekär Beschäftigten sowie die Erwerbslosen und ihre Kinder müssen unter dieser Politik, insbesondere der Politik von CDU und FDP, leiden. Von gleichen Lebensbedingungen und Chancengleichheit kann keine Rede sein.

Im Gegenteil: In Deutschland klappt die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Das stellen auch alle aktuellen Studien fest. Statt mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen, leisten sich CDU und FDP eine Lobbypolitik, die schamlos diejenigen bedient, die ohnehin am oberen Rand ihren Reichtum vermehren. Auch das ist Ihre Politik, die Sie hier machen.

*(Beifall von der LINKEN)*

Wir brauchen eine andere Politik: für soziale Gerechtigkeit, für Chancengleichheit. – Dafür steht in NRW Die Linke.

*(Beifall von der LINKEN)*

Dazu ist auch eine Länderfinanzreform notwendig, die nicht nur ihren Namen verdient, sondern auch mit unsozialer Verteilungspolitik Schluss macht.

Mit dem Länderfinanzausgleich sollen die Herstellung und Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands gewährleistet und wirtschaftliche Benachteiligungen ausgeglichen werden. Im Grundgesetz findet dieser Teil der Bund-Länder-Finanzbeziehungen in Art. 107 Abs. 2 Satz 1 seine Rechtsgrundlage.

Schaut man sich aber einmal an, wie das Ganze in der Praxis funktioniert, stellt man fest: Die derzeitige Regelung führt in der Tat dazu, dass sowohl für ein finanzschwaches Bundesland als auch für ein sogenanntes Geberland wenig Anreize bestehen, höhere Steuereinnahmen zu erzielen.

Genau darum geht es aber eigentlich. Wir brauchen endlich wieder höhere Steuereinnahmen. Wir brauchen endlich eine Spitzensteuer, die ihren Namen verdient. Wir brauchen eine Millionärsteuer.

*(Beifall von der LINKEN)*

Deshalb brauchen wir eine vernünftige Finanzreform in Deutschland. Dafür sind CDU und FDP aber nicht zu gewinnen. Im Gegenteil! Die FDP schreit immer noch nach Steuersenkungen. Das ist

der völlig falsche Weg.

*(Beifall von der LINKEN)*

Wenn einem finanzschwachen Nehmerland mehr Finanzmittel zur Verfügung ständen, um Steuerfahndung und Betriebsprüfung zu intensivieren, würden für die erzielten Steuermehreinnahmen die Mittel aus dem Länderfinanzausgleich im fast gleichen Umfang gekürzt werden.

Dieses Thema müsste tatsächlich einmal bei der Länderfinanzreform eingebracht werden. In Nordrhein-Westfalen gehen wir jetzt ja ein Stückchen auf dem Weg und stellen hier endlich mehr Steuerprüferinnen und Steuerprüfer ein.

Ähnlich erginge es einem finanzstarken Geberland, das seine entsprechenden Mehreinnahmen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs fast vollständig abführen müsste.

Verschärft wird dieses Problem dadurch, dass in den finanzstärkeren Bundesländern die mögliche Steuerquote bewusst nicht ausgeschöpft wird, um den ansässigen Unternehmen zusätzliche Standortvorteile zu verschaffen. So sparen die Unternehmen Steuern und die Bundesländer Personalausgaben.

Leidtragende dieses Systems – das vor allem das System von CDU und FDP ist; Sie haben es in den letzten Jahren auch hier in Nordrhein-Westfalen praktiziert – sind große Teile der Bevölkerung, die auf solide finanzierte Leistungen der öffentlichen Hand angewiesen sind. Diese Menschen brauchen eine öffentliche Daseinsvorsorge, für die Sie nicht zur Verfügung stehen.

*(Beifall von der LINKEN)*

Die Linke hat deshalb zur Föderalismusreform den Vorschlag unterbreitet, zunächst die falsche Anreizstruktur des Länderfinanzausgleichs hinsichtlich der Personalausstattung zu entschärfen. Diese sieht vor, dass die Kosten für die Aufstockung des Personals in den Landesfinanzverwaltungen auf das Niveau der bereits ermittelten Personalbedarfsplanung im Rechenwerk des Länderfinanzausgleichs so zu berücksichtigen sind, dass Länder mit planmäßiger Personalausstattung für ihr Bemühen um Mehreinnahmen und eine wirksame Durchsetzung der Steuergesetze nicht benachteiligt werden. Das ist aber immer noch Realität.

Um den unsinnigen Steuerwettlauf nach unten dauerhaft zu stoppen, hält Die Linke perspektivisch eine Übernahme der 16 Länderfinanzverwaltungen durch den Bund für geboten. In dieser Forderung sieht sich die Fraktion nicht zuletzt durch ein Positionspapier des Bundesfinanzministeriums gestärkt.

Wenn man einmal in diese Richtung vorangehen würde, hätte man auch eine Perspektive für eine soziale Daseinsvorsorge und könnte tatsächlich gleiche Lebensbedingungen in Deutschland schaffen.

Mit CDU und FDP ist das aber nicht zu machen. Sie blockieren eine vernünftige Finanzpolitik in Deutschland, in den Ländern und natürlich auch in den Kommunen. Gerade die Kommunen in Nordrhein-Westfalen und die Menschen, die in diesen Städten und Gemeinden leben, sind diejenigen, die unter Ihrer Politik zu leiden haben. – Danke schön.

*(Beifall von der LINKEN)*

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. — Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Walter-Borjans.